

„Wenn es zum Blackout kommt, trägt allein die Bundesregierung die Verantwortung“

Welt, 09.07.2022, Nikolaus Doll, Jacques Schuster

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus239806029/Markus-Soeder-Wenn-es-zum-Blackout-kommt-traegt-allein-Bundesregierung-Verantwortung.html?sc_src=email_2494968&sc_lid=248166685&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=17508&sc_cid=2494968&cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder treibt die Sorge um, dass Deutschland ins Chaos stürzt, wenn kein Gas mehr fließt. Verantwortlich sei dafür dann die Ampel-Koalition. Beim Streit über Atomenergie stellt der CSU-Chef eine „ideologische Blockade“ fest.

WELT AM SONNTAG: Herr Söder, können Sie als Ministerpräsident von Bayern garantieren, dass Ihr Land im Herbst über genügend Energie verfügt, um die Industrie am Laufen und die Haushalte warmzuhalten?

Markus Söder: Der Freistaat ist nicht zuständig für Energiepolitik. Leider. Die Bundesregierung entscheidet über die Energieversorgung, über Gas, Kohle und Kernkraft. Fakt ist: Es ziehen dunkle Wolken über Deutschland auf. Das Land ist auf die kommende Krise schlechter vorbereitet als andere europäische Staaten.

Während Italien bereits den Abschluss von Gasverträgen meldet und andere Länder die Kernkraft weiterlaufen lassen oder ausbauen, hat Deutschland keine wirklich sichere Versorgungslage. Die Bundesnetzagentur warnt nur und zeigt Lücken auf, aber ein schlüssiges Konzept fehlt. Deshalb gilt der Satz: Die Wahrheit liegt in der Gasleitung. Wenn kein Gas mehr strömt, dann droht ein Schlaganfall für die deutsche Wirtschaft.

WELT AM SONNTAG: Immerhin bleiben Kohlekraftwerke bis auf Weiteres am Netz. Reicht das nicht?

Söder: Whatever it takes! Das muss für die Energieversorgung gelten: Alles, was geht, an Energie zusammenbringen – und nichts weglassen oder aus ideologischen Gründen abschalten. Die Ampel setzt dagegen mehr auf Einschränkungen, Verbote, Verzicht und kaltes Duschen als Empfehlung. Das mag zwar im Einzelfall etwas helfen, ist aber keine ausreichende Strategie für ein Industrieland wie Deutschland. Wenn Gas fehlt, woher kommt der Ersatz? Das muss die Frage sein.

Es ist völlig sinnfrei, in dieser Lage auch noch auf den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zu verzichten. Das würde Strom für 10 Millionen Haushalte bringen und die Verstromung aus Gas entlasten. Neben dem Gasnotstand könnte dann noch ein Blackout dazukommen. Das Abschalten aus rein parteipolitischen Gründen ist ein schwerer Fehler der Ampel.

Daneben ist es in der aktuellen Notlage auch richtig, alte Kohlekraftwerke zu reaktivieren. Aber sie helfen dem Süden Deutschlands weniger, weil sie vor allem für den Westen und den Norden da sind. Deswegen ist es für den Süden unentbehrlich,

dass sich der Bund um volle Gasspeicher wie den im österreichischen Haidach kümmert, denn darüber wird Bayern stark versorgt.

WELT AM SONNTAG: Die Ampel-Koalition hat die von der Union geforderte Verlängerung der Laufzeiten abgeschmettert. Ist das nun das endgültige Aus für die Kernkraft?

Söder: Wenn es am Ende zu einem Gasstillstand und zu einem Blackout kommt, trägt allein die Bundesregierung die Verantwortung. Wir reichen konstruktiv die Hand. Der Freistaat Bayern hat beispielsweise seine komplette Erneuerbare-Energie-Struktur überarbeitet und Konzepte aufgestellt, die eine Verdreifachung bei Wind und Fotovoltaik bedeuten. Ziel ist, bei Heimatenergien eine der führenden Regionen in Deutschland und Europa zu werden. Wir sind daher froh, dass der Bund auf unseren Druck hin jetzt doch die Wasserkraft erhält und sogar neue Möglichkeiten schafft. Das werden wir nutzen.

Nur – jeder muss wissen: Erneuerbare Energien helfen mittelfristig. Für den Ersatz der Kernkraft bräuchten wir mehrere tausend Windräder. Die stehen leider nicht bis zum 1. Januar 2023. Auch wir glauben nicht an die Langfristigkeit der Kernenergie. Aber es geht jetzt um eine Notlage. Not kennt kein Gebot und keine ideologische Blockade.

WELT AM SONNTAG: Rächt es sich nun, dass Bayern zu zögerlich war beim Ausbau der erneuerbaren Energien? Jetzt wollen Sie im Freistaat 800 Windräder bauen, nachdem beim Ausbau totale Flaute war. Wie sollen so viele Anlagen entstehen, wenn Sie die 10-H-Regelung nicht außer Kraft setzen wollen?

Söder: Auch im grün regierten Baden-Württemberg sind keine Windräder mehr gebaut worden. Sogar in ganz Deutschland stockt der Ausbau, weil die Genehmigungsverfahren zu lang und die Bürgerproteste zu groß sind. Trotzdem stellen wir komplett um. Wir weisen neue Flächen aus, bauen modernste Windräder und haben die 10-H-Regelung de facto auf Wohngebiete beschränkt.

Wir setzen auf Konsens mit den Bürgern und ermächtigen nun die Landkreise, selbst als Windunternehmer aufzutreten. Das wird die Motivation zum Bau von Windrädern vor Ort erheblich erhöhen. Wir könnten bis 2030 im On-Shore-Bereich eines der führenden Länder der Windkraft werden. Außerdem verdreifachen wir als absolutes Sonnenland in Bayern die Fotovoltaik mit Solardachpflicht und Agrar-PV.

WELT AM SONNTAG: Hamburg hat verkündet, im Notfall im Herbst das Warmwasser zu rationieren. Wird das für Bayern ähnlich sein?

Söder: Notfallpläne macht jeder. Aber es reicht nicht, nur Kaskaden von Verzicht- und Abschaltprogrammen zu machen. Das ist nichts anderes als eine Gas-Triage. Die Ampel muss endlich Ergebnisse liefern. Wo ist das Ersatz-Gas? Wir erleben bereits jetzt eine Gasreduktion und eine Preisexplosion. Es ist die Hauptpflicht einer Bundesregierung, für warme Wohnungen, bezahlbare Lebensmittel und für eine Stabilität der Arbeitsplätze zu sorgen.

WELT AM SONNTAG: Wenn Sie von einer Gas-Triage reden, dann müssen Sie sich doch auch als Ministerpräsident darüber Gedanken machen, was zu tun ist.

Söder: Das tun alle, aber es ist zu wenig, nur Notfallszenarien für einen Zustand zu beschreiben, für den allein die Bundesregierung verantwortlich ist. Wir wüssten gerne, warum unsere Gaslager nicht voll sind und die der Polen schon. Wir sind zudem sehr verunsichert über die Wortwahl des Chefs der Bundesnetzagentur, einem ehemaligen Grünen-Minister aus dem Norden, der die Notsituation sogar mit Häme gegenüber den starken Südländern kommentiert.

Was steckt da dahinter? Eine neue parteipolitisch motivierte Umverteilungsphilosophie? Das geht nicht nur gegen Bayern, sondern auch gegen Baden-Württemberg. Da sollte man sehr vorsichtig sein. Bayern zahlt neun Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich – so viel wie noch nie und kein Land je zuvor. Für diese Solidarität sollen 13 Millionen Menschen dann auch noch bestraft werden? In einer Notsituation muss ein Land zusammenhalten und eine Regierung in Berlin darf es nicht spalten.

WELT AM SONNTAG: Erwarten Sie eine schwere Rezession als Folge der Energieknappheit?

Söder: Wenn kein Gas mehr fließt – dann ja.

WELT AM SONNTAG: Haupttreiber der Inflation sind die hohen Energiekosten. Wie glauben Sie, die Inflation in den Griff zu bekommen? Welche Entlastungen brauchen die Bürger?

Söder: Zum einen ist die Bundesregierung selbst durch die Aufnahme von gigantischen Schulden ein maßgeblicher Treiber dieser Inflation. Zum anderen ist auch die gegenwärtige Finanzplanung verhängnisvoll. Man handelt völlig antizyklisch: Jetzt für den Winter einen Sparhaushalt gerade zulasten der Normalverdiener vorzulegen, während man sich zuvor mit 300 Milliarden Euro für alles Mögliche neu verschuldet hat, ist ein falsches Signal. Beispiel: Das Neun-Euro-Ticket ist eine nette Idee, hat aber keinerlei dauerhafte Wirkung für die Nutzung des ÖPNV. Der Tankrabatt ist gut, weil Benzin sonst noch teurer wäre, aber ihn gerade im Winter auslaufen zu lassen, macht keinen Sinn.

Wenn man schon einen Energiezuschuss beschließt, warum schließt man dann die Rentnerinnen und Rentner aus. Müssen die nicht heizen, essen und fahren? Man müsste die kalte Progression abschaffen, die Energiesteuern breitflächig reduzieren und dauerhaft die Mehrwertsteuern auf Lebensmittel senken – und zwar auch auf Fleischprodukte. Gleichzeitig müssten mehr Flächen in Deutschland für die Nahrungsmittelproduktion freigegeben werden. Das hilft den armen Ländern und entlastet den Preis in Deutschland.

WELT AM SONNTAG: Eine andere Dauerdebatte im Land wird um die Eindämmung von Corona geführt. Der Evaluationsbericht des Sachverständigenrats hat viele der getroffenen Schutzmaßnahmen derart infrage gestellt, dass es im Herbst schwer werden wird, die Verhältnismäßigkeit zu wahren, die das Grundgesetz gebietet. Was folgt daraus für Sie?

Söder: Zunächst die Erkenntnis, dass in diesem Bericht manche Binsenweisheiten kundgetan werden. Wie die, dass Masken am besten schützen, wenn man sie richtig

trägt oder ein Lockdown dann wirkt, wenn alle mitmachen. Das haben wir auch schon vorher gewusst.

WELT AM SONNTAG: Da haben Sie die schwächsten Passagen rausgepickt ...

Söder: ... die aber Teil des Berichts sind. Unsere Aufgabe ist klar: Wir wollen die Menschen schützen, ohne sie wegzusperren. Dafür haben wir mit dem Tragen von Masken, dem Testen und Impfen drei wirksame Instrumente. Wenn Bundesjustizminister Buschmann nun aber ein wissenschaftliches Gutachten haben will, ob Masken schützen, dann ist das in etwa so, als ob man testiert haben will, dass ein Regenschirm vor Regen schützt. Im Übrigen ist die Kostenpflichtigkeit der Tests falsch. Der Bund sollte dies ändern und die Tests weiterhin kostenfrei lassen.

WELT AM SONNTAG: Einen neuen Lockdown und Schulschließungen im Herbst schließen Sie aus?

Söder: Die Bundesregierung hat das klar kommuniziert. Die Ampel hat bewusst die Länder von jeder Mitwirkung ausgeschlossen und trägt nun auch die Verantwortung für den Winter. Wir können nur nach Rechtslage handeln.

WELT AM SONNTAG: Sie waren in „Team Vorsicht“. Beziehen Sie die Kritik des Evaluationsberichts auch auf Ihren Corona-Kurs?

Söder: Wir haben uns in jeder Phase der Pandemiebekämpfung intensiv von Experten beraten lassen. Bei manchen Fehlern im Detail, die große Linie war richtig: Wir haben in Bayern nach Einschätzung unseres Landesgesundheitsamts durch die ergriffenen Maßnahmen rund 130.000 Menschenleben gerettet. Das ist das Entscheidende.

WELT AM SONNTAG: Sie haben ein enges Verhältnis zu Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann. Wird es einen gemeinsamen Vorstoß geben, das Infektionsschutzgesetz zu ändern?

Söder: Wie gesagt: Der Bund hat sich entschieden, allein zu gehen. Alle Länder haben davor gewarnt. Und wenn man dabei zusieht, wie sich Gesundheitsminister Lauterbach und Justizminister Buschmann ständig widersprechen, löst das eher Verwirrung statt Sicherheit aus.

WELT AM SONNTAG: Würden Sie der These zustimmen, das politische Entscheidungen in Deutschland häufig und in vielen Bereichen eher zu Verwirrung als zur Klärung und Problemlösung führen?

Söder: Deutschland hat mittlerweile ein Organisationsproblem. Das beste Beispiel ist das derzeitige Chaos an den Flughäfen. Wir haben uns daran gewöhnt, Prozesse zu erschweren und immer wieder zu verzögern statt zu entscheiden. Wir sind Weltmeister darin, Gutachten zu erstellen. Daher dauert es endlos, Schienen und Straßen auszubauen, Funkmasten und Windräder aufzustellen. Wir brauchen ein Beschleunigungsprogramm. Mit einheitlichen Spruchkammern, weniger Gutachten und digitalen Beteiligungsverfahren kann man schneller planen und bauen, ohne die Einbindung der Bürger zu beschneiden.

WELT AM SONNTAG: Jetzt sollen türkische Gastarbeiter auf Zeit den Missstand an den Flughäfen beseitigen. Ist das die richtige Methode?

Söder: Ich hätte mir gewünscht, dass wir dabei stärker auf Menschen in Deutschland bauen können, die derzeit keine Arbeit oder Aufgabe haben.

WELT AM SONNTAG: Dann wären wir wieder bei dem Modell des türkischen Gastarbeiters aus den 1960er- und 70er-Jahren. Ist das kein Rückschritt?

Söder: Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung, anders können wir den Mangel an Fachkräften nicht ausgleichen. Wir können zudem mehr dafür tun, um im eigenen Land die Potenziale zu stärken: zum Beispiel die berufliche Ausbildung aufwerten und mit der akademischen gleichzusetzen. Die Meisterausbildung sollte wie das Studium kostenfrei sein. Master und Meister sind gleichwertig. Das wäre ein Signal für viele junge Menschen.